

erschieden in:

König, Mario u.a. (Hg.). Dynamisierung und Umbau: Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren (Die Schweiz: Staat - Gesellschaft - Politik 1798-1998, Bd. 3), Zürich 1998, S. 227-239.

Résumé:

Bis Ende der 60er Jahre konnte sich die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz auf einen allseitigen Konsens stützen. Danach machte sie binnen weniger Jahre eine erstaunliche Karriere durch: Lange vor den Unfällen in Harrisburg und Tschernobyl hatte sich die Atomenergie bereits zu einer der brisantesten politischen Streitfragen entwickelt. Der folgende Aufsatz zeigt, dass die Kontroverse nicht parallel zum Bau der Atomkraftwerke oder infolge des Entscheids, Kühltürme zu errichten, entstand, sondern seit Beginn der 70er Jahre dem starken Einfluss der Diskussionen im Bereich der Umwelt unterlag. Oder anders gesagt: Nicht das Problem (die Atomkraftwerke) veränderte sich, sondern das Problemverständnis.

«Kein blinder Widerstand gegen den Fortschritt, aber Widerstand gegen einen blinden Fortschritt!»

Die Auseinandersetzungen um die zivile Nutzung der Atomenergie¹

von Patrick Kupper

Im Dezember 1965 wandte sich der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN), die grösste und wichtigste Naturschutzorganisation, mit einer Stellungnahme zur Energiepolitik an die Öffentlichkeit. Darin vertrat er die Meinung,

¹Der Aufsatz basiert auf meiner Lizenziatsarbeit an der Universität Zürich: Patrick Kupper: *Abschied von Wachstum und Fortschritt: Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie (1960–1975)*, Liz. Zürich 1997. Das Titelzitat ist ein Leitspruch der Umweltbewegung der 70er Jahre.

«daß sich heute der Bau von neuen Wasserkraftwerken nicht mehr rechtfertigt. [...] Der Naturschutzrat warnt ebenso eindringlich vor den Gefahren der Luftverunreinigung durch thermische Kraftwerke und unterstützt die vom Bundesrat mehrfach zum Ausdruck gebrachte und vom SBN seit Jahren vertretene Auffassung, direkt den Schritt zur Gewinnung von Atomenergie zu tun [...]»²

Keine zehn Jahre später, im Sommer 1974, veröffentlichte derselbe Bund für Naturschutz ein «energiepolitisches Manifest», in dem es nun hiess:

«[Es kann] nur eine Lösung geben: Weniger Energieverbrauch statt weitere Atomkraftwerke.»³

Innert weniger als einem Jahrzehnt hatte der SBN in der Energiepolitik eine Kehrtwendung vollzogen: vom Promotor der Atomenergie zu deren Gegner. Der SBN war nur einer der Akteure in einem sich erstaunlich schnell entwickelnden Prozess, der die Atomenergie im Laufe der 70er Jahre zu einem heissumstrittenen Politikum werden liess, nachdem sie noch Ende der 60er Jahre von einem allseitigen Konsens getragen worden war.

Atomenergie und «1970er Diagnose»

Der angetönte dramatische Verlauf der Entwicklung wirft Fragen auf nach deren Hergang und Ursachen. Wie und warum entwickelte sich die vormals allseits akzeptierte Atomenergie binnen weniger Jahre zu einer der wichtigsten politischen Streitfragen? Was hatte sich in den Jahren um 1970 ereignet, das einen derart fundamentalen Wandel erklären könnte?

Augenfällig ist die ungefähre zeitliche Koinzidenz des Auftretens des Widerstandes gegen die Atomkraftwerke mit deren Bauprogramm. In der bisherigen Forschung dominiert denn auch die Interpretation, dass die Entstehung der antinuklearen Opposition eine Reaktion auf den Bau dieser Anlagen gewesen sei. Den Umstand, dass die Artikulation von Widerständen zeitlich hinter der AKW-Bautätigkeit herhinkte, hat der

²Stellungnahme des Naturschutzrates zur Energiepolitik vom 11.12.1965, in: *Schweizer Naturschutz* 1, 1966, S. 14.

³Schweizerischer Bund für Naturschutz (Hg.): *Stop der Energieverschwendung: Energiepolitisches Manifest des Bundes für Naturschutz*, Basel 1974, S. 1.

Soziologe Kriesi damit erklärt, dass sich diese nicht an den eigentlichen Atomanlagen, sondern an deren Kühltürmen entzündet habe. Die Kühltürme hätten die Gefahren der Atomenergie visualisiert; erst diese Transformation ins sinnlich Wahrnehmbare habe die negativen Reaktionen hervorgerufen.⁴

Kriesis Erklärung ist in zweierlei Hinsicht unbefriedigend: Erstens widersprechen, wie noch zu belegen sein wird, die Quellen seiner Interpretation. Zweitens ist das theoretische Modell, das Kriesis Ausführungen implizit zugrunde liegt, fragwürdig: Das Modell schliesst vom Ereignis direkt auf die Reaktion und unterschlägt somit den Schritt der Informationsverarbeitung, der Interpretation der Ereignisse. Den folgenden Ausführungen liegt ein anderer Ansatz zugrunde, der versucht, die Entwicklungen im Atomenergiebereich im Kontext des gesellschaftlichen Wandels zu verstehen.

Ende der 60er Jahre geriet die schweizerische Gesellschaft, wie andere Industriegesellschaften auch, in eine Phase tiefgreifenden sozialen Wandels, die sich als fundamentale Orientierungskrise beschreiben liesse. Indikatoren für diese Entwicklung sind die Entstehung neuer sozialer Bewegungen und neuer Formen der politischen Artikulation ebenso wie die neuartige Problematisierung von Themen wie dem Geschlechterverhältnis oder den Nord-Süd-Beziehungen.⁵

Für die Perzeption der Atomenergie war die «ökologische Wende» zu Beginn der 70er Jahre von ausserordentlicher Bedeutung. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Schweiz eine Phase beispielloser wirtschaftlicher Prosperität. Sie zeitigte nachhaltige Folgen für die Umwelt: Parallel zu den Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts stiegen der Energieverbrauch, der Flächenbedarf der Siedlungen, das Abfallvolumen sowie die Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden. Der Umwelthistoriker Christian Pfister hat für diesen Prozess den Begriff des «1950er

⁴Kriesis Studie zur Anti-AKW-Bewegung gilt als das Standardwerk zu diesem Thema. Sie hat spätere Darstellungen merklich geprägt. Hanspeter Kriesi: *AKW-Gegner in der Schweiz: Eine Fallstudie zum Aufbau des Widerstands gegen das geplante AKW in Graben*, Diessenhofen 1982. Zur «Kühlturm-Argumentation»: S. 5, 16, 23.

⁵Theoretische Grundlagen: Hansjörg Siegenthaler: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen: Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens*, Tübingen 1993. Zum sozialen Wandel um 1970: Urs Altermatt: *Ausbruchversuche aus dem Korsett der Konkordanz*, in: Ders. et al.: *Rechte und linke Fundamentalopposition: Studien zur Schweizer Politik 1965–1990*, Basel, Frankfurt/M 1994, S. 3–29. Hanspeter Kriesi u. a. (Hg.): *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978*, Diessenhofen 1982.

Syndroms» geprägt.⁶ Analog könnte man die Thematisierung der Umweltzerstörung zu Beginn der 70er Jahre als «1970er Diagnose» bezeichnen. Hierbei sollte wiederum nicht der Fehler begangen werden, die «1970er Diagnose» als bloße Reaktion auf das «1950er Syndrom» zu interpretieren. Die seit den 50er Jahren markant wachsende Umweltzerstörung ist zwar eine unabdingbare Voraussetzung, aber keine hinreichende Erklärung. Die Diagnose eines Arztes hängt nicht alleine von der Krankheit des Patienten ab, sondern mindestens so stark vom Wissen und den Überzeugungen des Arztes, seinen Instrumenten der Analyse und seiner Fähigkeit, einzelne Indizien zu einem Krankheitsbild zusammenzufügen. Ebenso gründete die «1970er Diagnose» nicht nur auf Veränderungen des Zustands der Umwelt, sondern auch auf Bewegungen im gesellschaftlichen Bereich. Grundlegende Innovationen fanden in den 60er Jahren im Bereich der Wissenschaften statt; insbesondere die Siegeszüge der Ökologie und der Kybernetik beeinflussten die Analyse der Mensch-Umwelt-Beziehungen nachhaltig. Die Forscher kamen zu erschreckenden Ergebnissen, die sie in die Öffentlichkeit trugen. Höhepunkt dieser Publikationen war der 1972 im Auftrag des «Club of Rome» erschienene Bericht «Grenzen des Wachstums», der die apokalyptischen Zukunftsszenarien durch beeindruckende Computersimulationen untermauerte. Etwa gleichzeitig begann sich die Suche nach alternativen Wegen der Entwicklung im Leitbild der «sanften Gesellschaft» zu konkretisieren: einer dezentralen, in kleinen geschlossenen Kreisläufen organisierten Gesellschaft. Der wohl bekannteste Entwurf in diese Richtung war das 1973 erschienene Buch des deutschen Ökonomen E. F. Schumacher mit dem bis heute sprichwörtlich gebliebenen Titel «Small is Beautiful».⁷

Eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung, Popularisierung und Politisierung der Umweltthematik spielten soziale Bewegungen. Nicht zuletzt die fortwährenden Sensibilisierungsanstrengungen alter und neugegründeter Umweltorganisationen dürften bewirkt haben, dass in Meinungsumfragen der 70er Jahre der Umweltschutz durchwegs als dringlichstes Problem bezeichnet wurde.⁸

⁶Christian Pfister (Hg.): *Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Bern 1995.

⁷Dennis Meadows u.a.: *The Limits to Growth*, New York 1972. Ernst Friedrich Schumacher: *Small is Beautiful: A Study of Economics as if People Mattered*, London 1973.

⁸Eine detaillierte Darstellung der «ökologischen Wende» würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Einige wichtige Titel zu diesem Thema: François Walter: *Bedrohliche Natur und bedrohte Natur: Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800*, Zürich 1996. Johannes Max Zürcher: *Umweltschutz als Politikum*, Bern 1978. Susanne Niederer-Schmidli: *Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre*, Liz.

Die folgenden Ausführungen sind chronologisch aufgebaut: Abschnitt 2 beleuchtet die Diskussion der 60er Jahre zur Atomenergie. In Abschnitt 3 wird thematisiert, wie und wieso der Konsens zur Atomenergie zerbrach. Abschnitt 4 beschäftigt sich dann mit dem Aufkommen einer grundsätzlichen Opposition, Abschnitt 5 mit deren Einfluss auf die öffentliche Meinung. In Abschnitt 6 wird versucht, den Erfolg der AKW-Gegnerschaft zu bewerten. Zum Schluss soll die Frage nach den Triebfedern des sozialen Wandels am Beispiel der Atomenergiekontroverse erörtert werden.

Die Diskussion der 1960er Jahre über den «Schritt zur Atomenergie»

Bereits in den mittleren 60er Jahren fand eine intensive Debatte zur zivilen Nutzung der Atomenergie statt, in deren Kontext auch die eingangs zitierte Stellungnahme des SBN stand. Die damalige Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage, *wann* die ersten Atomkraftwerke in der Schweiz gebaut werden würden; dass solche Anlagen dereinst die Elektrizitätsversorgung des Landes sichern würden, stand seit längerer Zeit ausser Zweifel. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zirkulierte die Rede vom «Atomzeitalter», die in Kürze den Anbruch eines modernen Goldenen Zeitalters versprach. Ebenfalls schon in den 50er Jahren wurden die rechtlichen Grundlagen gelegt: 1957 übertrug der Volkssouverän mit grosser Mehrheit die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Atomenergie dem Bund. Zwei Jahre später verabschiedete das Parlament das «Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz» (Atomgesetz), das unter anderem ein zentralistisch organisiertes Bewilligungsverfahren für Atomanlagen einführt.⁹

Als schweizerische Elektrizitätsgesellschaften im Jahre 1964 überraschend den Bau von Atomkraftwerken ankündigten, stiessen sie auf keine ernstzunehmenden Widersprüche. Ganz im Gegenteil: Die Organisationen des Natur- und Heimatschutzes, *die* Opposition im Energiebereich, hatten diesen Schritt schon seit geraumer Zeit lautstark gefordert. Sie befürchteten, dass die letzten freien Gewässer der Schweiz der

Basel 1991. Jörg Wanzek: *Komplexe Natur – Komplexe Welt: Zum Aufkommen des modernen Umweltbewusstseins in der Schweiz in den Jahren 1968–1972*, Liz. Zürich 1996. (Aufsätze zu den unpubl. Liz. in: *etü, historikerInnen-zeitschrift*, 2/1992 u. 2/1996.) Siehe auch die Beiträge von Dejung und Haefeli.

⁹Heribert Rausch: *Schweizerisches Atomenergierecht*, Zürich 1980.

Stromproduktion zum Opfer fallen würden. Die anfangs der 60er Jahre von den Elektrizitätswerken favorisierte Alternative der konventionell-thermischen Kraftwerke, die Strom auf der Basis von Erdöl produzierten, verwarfen die Naturschutzvertreter aus Gründen der Luftverschmutzung. In der Atomenergie sahen sie hingegen die Möglichkeit, die bisher rivalisierenden Kräfte - technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum auf der einen Seite, Bewahrung der Natur auf der anderen - zu versöhnen.¹⁰

Die Natur- und Heimatschutzorganisationen standen mit ihrer Meinung nicht alleine: Der Bundesrat drängte seit Beginn der 60er Jahre auf einen baldigen Einstieg in die Atomenergienutzung. Und selbst die schweizerische Antiatombewegung, die in den 50er und 60er Jahren die atomare Aufrüstung bekämpfte, verkündete auf ihren Ostermärschen die Parole «Nieder mit den Atomwaffen – für die friedliche Verwendung der Atomenergie».¹¹

Als die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) im Jahre 1965 auf der Aarehalbinsel Beznau mit dem Bau des ersten kommerziellen Atomreaktors in der Schweiz begannen, brach ein richtiggehendes Bau- und Planungsfieber aus. 1967 erfolgte der Spatenstich der Bernischen Kraftwerke (BKW) in Mühleberg, und noch vor Abschluss der Arbeiten am ersten Reaktor nahmen die NOK in Beznau einen zweiten Block in Angriff. Zudem wurde eine ganze Reihe weiterer AKW-Projekte angekündigt: Leibstadt (1964), Kaiseraugst, Verbois, Rüthi (alle 1966), Graben (1968), Gösgen, Rheinklingen (beide 1969) und Inwil (1971).

Die Hinwendung zur Atomenergie, die gleichzeitig zum Verzicht auf umstrittene hydraulische und konventionell-thermische Kraftwerkprojekte führte, läutete eine kurze Phase des «energiepolitischen Friedens» ein. Die Arbeiten in Beznau und Mühleberg schritten in aller Ruhe voran. Im Geschäftsbericht über das Jahr 1969 konnte der Bundesrat dann feststellen: «Mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Beznau I der

¹⁰Kupper (wie Anm. 1). Zur Naturschutzbewegung allgemein: Damir Skenderovic: *Die schweizerische Umweltschutzbewegung in den 1950er und 1960er Jahren: Oppositionen und Aktionen*, Liz. Freiburg 1992.

¹¹Markus Heiniger: *Die schweizerische Antiatombewegung 1958–1963: Eine Analyse der politischen Kultur*, Liz. Zürich 1980.

Nordostschweizerischen Kraftwerke AG hat auch in der Schweiz das Atomzeitalter begonnen.»¹² Zu diesem Zeitpunkt aber war die Eintracht bereits verfliegen.

Das Ende des Konsenses in der Atomenergiepolitik

Am 22. Mai 1969 verabschiedete der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt einstimmig(!) folgende Resolution:

«Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt gibt seiner Besorgnis darüber Ausdruck, dass im Einzugsgebiet des Hochrheins der Bau von Atomkraftwerken geplant ist, ohne dass dabei dem Schutz des lebensnotwendigen Wassers und der Luft sowie der Bewahrung vor der Gefährdung durch radioaktive Abfälle genügend Rechnung getragen wird. Er fordert den Regierungsrat auf, bei den Behörden des Bundes und der betroffenen Kantone vorstellig zu werden, damit keine Bewilligung für den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken, welche öffentliche Gewässer als Kühlwasser verwenden oder welche geeignet sind, in irgendeiner Weise gesundheitsschädigend zu wirken, erteilt werden. Wenn dafür die gesetzlichen Grundlagen fehlen, so ist deren Schaffung zu verlangen. [...]»¹³

Auslöser des Protestes war die Publikation der Resultate einer eidg. Expertenkommission unter der Leitung des Direktors des Eidg. Amtes für Gewässerschutz Fritz Baldinger, die vor einer zu starken Erwärmung der Gewässer durch die Kühlsysteme der Atomkraftwerke warnte. Die in den 60er Jahren projektierten Anlagen sahen nämlich vor, die Kraftwerke durch eine temporäre Entnahme erheblicher Wassermengen aus Flüssen oder Seen zu kühlen.¹⁴

Hingegen hatte der Unfall im Versuchsatomreaktor von Lucens (VD) im Januar desselben Jahres in der schweizerischen Öffentlichkeit nur bescheidenes Echo ausgelöst, obwohl das Schmelzen der Kernbrennstoffe die Anlage in eine (radioaktiv strahlende) Ruine verwandelt hatte – ein Unfall vergleichbar mit demjenigen im amerikanischen

¹²Zit. nach: Bundesamt für Energiewirtschaft (Hg.): *Die schweizerische Energiewirtschaft 1930–1980*, Bern 1980, S. 44.

¹³Zit. nach LNN, Nr. 51, 3.3.1971. Die Resolution war nicht als Absage an die Atomenergie gedacht. Der Radikale Bertschmann, der das Thema mit einer Interpellation angerissen hatte, bezeichnete diese ausdrücklich als «nötig und richtig».

¹⁴Sozialarchiv, 92.3C, QS: *Atomkraftwerke und Gewässerschutz: Pressemitteilung des EDI und EVED*, Bern 7.3.1969.

AKW Harrisburg, der 1979 weltweit für Schlagzeilen sorgte.¹⁵ 1969 wurde dagegen die Interpretation der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) nahezu vorbehaltlos akzeptiert, die festhielt: «la sûreté des systèmes de sécurité ait précisément été confirmée par cet accident».¹⁶

Lucens ist ein schönes Beispiel dafür, dass ein Faktum nicht per se wirkt, sondern erst dessen (kontextabhängige!) Interpretation über die öffentliche Wahrnehmung und die politische Wirkung entscheidet. Zur Erklärung der Entfesselung der AKW-Kontroverse müssen daher die konkreten Orte und Zeitpunkte sowie die Promotoren und deren Motive unter die Lupe genommen werden. Dann zeigt sich, dass die tieferen Ursachen der Kontroverse in den 50er und 60er Jahren lagen: einerseits in den institutionellen Regelungen für den Atomenergiebereich und andererseits darin, dass man es in festem Glauben an Technik und Fortschritt unterlassen hatte, die in der Zeit durchaus erkennbaren und von einigen, allerdings marginalisierten, Leuten auch erkannten Probleme der zivilen Nutzung der Atomkraft zu erörtern.

Pièce de résistance war von Anfang an das AKW-Projekt in Kaiseraugst. Dort kollidierte die zentralistische Atomgesetzgebung mit dem föderativen Aufbau der Schweiz. Der Bericht «Baldinger» öffnete den Basler Politikern die Augen: Obwohl ihre Region am meisten unter den Nebenwirkungen des AKW-Baus leiden würde, war sie bei den Projektierungen völlig übergangen worden. Die fehlenden Mitsprachemöglichkeiten versuchten die Politiker nun durch politischen Druck zu kompensieren, und um ihren Forderungen nach Beteiligung am Entscheidungsprozess Nachdruck zu verleihen, brachten sie nicht nur die Kühlwasserfrage öffentlich zur Sprache, sondern wiesen auch auf andere Probleme hin (Strahlengefahr, radioaktiver Abfall, etc.). Im Mai 1970 organisierte sich der Widerstand im Raum Basel dann auf regionaler Ebene im Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK), das in den folgenden Jahren zum Sammelbecken der Opposition wurde.¹⁷

¹⁵Das atomenergiefreundliche «Webers Taschenlexikon» klassifiziert die Unfälle von Lucens und Harrisburg beide als «Schwere Zwischenfälle». Rudolf Weber: *Kernenergie*, Webers Taschenlexikon, Bd. 1, 2. nachgef. Aufl., Aarau 1986, S. 228f.

¹⁶P. Feuz u. a.: *L'opinion publique suisse face à l'énergie nucléaire*, Schweiz Mai 1971, in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz (Hg.): *Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile*, Annexe 4, Lausanne 1987, S. 25–37, Zitat: S. 32.

¹⁷Im Zeichen einer inhaltlichen Radikalisierung (der generellen Ablehnung des AKW-Baus) benannte sich das NAK 1974 in Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) um.

Neben der Problematik der Kühlwasserentnahme rückte 1970 die Diskussion der nuklearen Risiken immer mehr ins Zentrum. Insbesondere die Frage, ob das Austreten kleiner Dosen radioaktiver Strahlung während des normalen AKW-Betriebs gesundheitsschädigend sei, erhitze die Gemüter. So forderten die Gegner des Kaiseraugster Projekts, den Bau von Atomkraftwerken in dichtbesiedelten Räumen zu verbieten. Die wissenschaftlichen Argumentationen stammten hauptsächlich aus den USA. Der internationale Informationstransfer förderte als exogener Faktor den Widerstand, konnte aber nur dank der endogen geschaffenen Resonanz zur Entfaltung gelangen. So brach die öffentliche Debatte um die Atomkraftwerke in der Schweiz etwa gleichzeitig aus wie in den USA, aber ein Jahr früher als in der Bundesrepublik und Frankreich.¹⁸

Die Befürworter der Atomenergie aus Privatwirtschaft und Bundesbehörden beschwichtigten und beteuerten die Ungefährlichkeit der Anlagen. 1970 blies die AKW-Allianz zu einer grossangelegten Propagandaoffensive, die ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung, zumindest kurzfristig, nicht verfehlte.¹⁹ Mit dem bundesrätlichen Verbot der Flusswasserkühlung im März 1971 und der dadurch erforderlichen Ausrüstung der Atomkraftwerke mit Kühltürmen tauchten jedoch neue Probleme auf. Ohne dass die alte Gegnerschaft ihren Widerstand aufgab, erwachsen dem AKW-Bau neue Opponenten aus Natur- und Landschaftsschutzkreisen und der Tourismusbranche. Zudem gelang es der Opposition, die Verwirklichung der Projekte durch juristische Verfahren zu verzögern. Der «Kühlturmentscheid» des Bundesrates war also für die weitere Entwicklung wichtig, aber er war *kein* Wendepunkt; die Zäsur ist vielmehr in den Jahren 1972/73 anzusetzen, als sich die Interpretationsmuster bezüglich der Atomenergie grundlegend änderten.

Grundsätzliche Opposition im Zeichen der ökologischen Kritik

Die Oppositionsbewegungen in den Jahren um 1970 richteten sich explizit *nicht* gegen den Bau von Atomkraftwerken generell, sondern übten nur punktuelle Kritik am

¹⁸Dieter Rucht: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt/M, New York 1994, S. 405–473.

¹⁹Vgl. Feuz (wie Anm. 16).

zentralistischen Bewilligungsverfahren und an gewissen Umsetzungsformen (Flusserwärmung, Standorte in dichtbesiedelten Gebieten). Eine Gegnerschaft, welche die Atomtechnologie aus grundsätzlichen Überlegungen verwarf, bildete sich erst ab 1972/73 im Zeichen der ökologischen Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung.

Anfangs der 1970er Jahre war unklar, welche Richtung der Umweltdiskurs einschlagen würde. Auch die Promotoren der Atomenergie argumentierten mit dem Umweltschutz. Sie propagierten den «sauberen» Atomstrom als Alternative zu den die Luft belastenden Brenn- und Treibstoffen. Heinz Baumberger von der Motor Columbus erklärte 1971 am Umweltsymposium der Hochschule St.Gallen:

«Der Kampf gegen Atomkraftwerke gemahnt an die etwas groteske Situation, in der versucht wird, einem Kranken den Schnupfen auszutreiben, der weil er an Krebs leidet. [...] Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass der Bau von Atomkraftwerken gerade aus ökologischen Gründen vordringlich ist. Dabei wäre es wünschenswert, wenn die Atomelektrizität vor allem auch einen Einbruch in das Gebiet der Heizungen und der Warmwasseraufbereitung von privaten Haushalten erzielen würde [...].»²⁰

Entscheidend für den Prozess der Meinungsbildung innerhalb von Umwelt- und Anti-AKW-Organisationen war dann aber ein Diskurs, der die Grenzen der Energieproduktion thematisierte, nach dem Sinn des wirtschaftlichen Wachstums fragte und die herkömmliche Fortschrittsphilosophie fundamental kritisierte. Wichtige Meinungsmacher waren Wissenschaftler. Eine hervorragende Rolle in der Atomenergiediskussion spielte ein interdisziplinäres Forschungsteam, das am «Nationalfondsprojekt Wachstum und Umwelt» (NAWU) arbeitete. Ihr öffentlichkeitswirksamster Exponent war der Physiker Theo Ginsburg. Die NAWU-Mitarbeiter waren 1976 auch massgeblich an der Gründung der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) beteiligt, die zu einer prägenden Kraft in der Atomenergiekontroverse wurde.²¹

Noch zu Beginn des Jahres 1973 herrschte in den Umweltorganisationen Unklarheit über die Frage, wie die Atomenergie zu bewerten sei. Darauf setzte aber ein rascher

²⁰Heinz Baumberger: *Wirtschaftliche Probleme einer umweltkonformen Energieversorgung*, in: Martin Walterskirchen (Hg.): *Umweltschutz und Wirtschaftswachstum*, Frauenfeld 1972, S. 225–252. Zitat: S. 242f.

²¹Hans Christoph Binswanger, Werner Geissberger, Theo Ginsburg (Hg.): *Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise*, Frankfurt/M 1978.

Prozess der Meinungsbildung ein.²² Noch im selben Jahr stellten diese Organisationen als erste nationale Vereinigungen den AKW-Bau prinzipiell in Frage: Im April 1973 forderte die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), dass vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke eine Gesamtenergiekonzeption ausgearbeitet werden müsse, im Juni 1973 verlangte der WWF dezidiert ein Moratorium.²³

Wieso sich die Umweltorganisationen dem AKW-Bau widersetzen, erläuterte im Sommer 1974 das SBN-Manifest «Stop der Energieverschwendung». Das Manifest begründete die ablehnende Haltung mit drei Argumenten: Erstens sei die Mehrenergie aus den geplanten Atomkraftwerken ganz und gar unerwünscht, da ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum die Umwelt nur noch zusätzlich belaste. Zweitens werde das Uran, die Ressource der Atomkraftwerke, in absehbarer Zeit aufgebraucht sein; und drittens seien die Umweltbelastungen durch die radioaktiven Stoffe unverantwortbar. Gleichzeitig unterbreitete der SBN Vorschläge, das Energie- und Umweltproblem anders anzugehen: In erster Linie propagierte er nach dem Motto des Manifesttitels das Energiesparen. Zweitens sollen umweltschädigende Technologien soweit als möglich durch umweltschonende Technologien wie die Sonnen- oder die Windenergie substituiert werden. Drittens müsse längerfristig eine Gesellschaft angestrebt werden, die auf einem beschränkten Energieniveau leben könne. Diese Neuorientierung ermögliche eine ökologische Entwicklung bei gleichzeitiger Steigerung der «Lebensqualität».²⁴

Ein Vergleich der Argumente des SBN-Manifests von 1974 mit den Argumenten, die dieselbe Organisation Mitte der 1960er Jahre zur Unterstützung des AKW-Baus vortrug, ergibt, dass insbesondere vermeintliche Sachzwänge aufgelöst wurden: Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt, die noch die Ausführungen in den 1960er Jahren prägten, wurden 1974 nicht mehr länger als urwüchsige, eigenständige Mächte verstanden, sondern als gesellschaftlich bestimmbare Grössen. Nun waren es ökologisch definierte Grenzen des Wachstums, die dem Atomenergie-Diskurs ihren Stempel aufdrückten. Zudem charakterisierten 1974 lange Zeithorizonte und globale Räume die Problemanalysen; im Gegensatz zum vorhergehenden Jahrzehnt, als um das

²²Kupper (wie Anm. 1).

²³*Stellungnahme der SGU zu Bau von Kernkraftwerken*, 5.4.1973, in: *Natur und Mensch*, 2/1973, S. 78. *WWF gegen den Bau von Atomkraftwerken*, in: *Panda*, 2/1973, S. 6f.

nahe Schicksal der schweizerischen Flussläufe gekämpft wurde. Unter dem neuen Blickwinkel der 70er Jahre verwandelte sich das technische Problem «Atomkraftwerk» in ein ökologisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, kurz ein Problem, das die gesamte Gesellschaft betraf.

Dieser Perspektivenwandel lässt sich am Beispiel der Perzeption des Problems der radioaktiven Abfälle illustrieren. Die bundesrätliche Botschaft zum BV-Artikel 1957 wertete die Lösung des Abfallproblems als möglicherweise entscheidend für die künftige Anwendung der Atomenergie. Doch das zwei Jahre später verabschiedete Atomgesetz hatte dieses entscheidende Problem bereits wieder vergessen und sah dementsprechend keine Regelungen vor. Selbst in den frühen AKW-Kontroversen in den Jahren um 1970 spielte die Abfallfrage nur eine marginale Rolle. Dies änderte sich erst als der Umweltdiskurs begann, die Atomenergie Diskussion zu dominieren. In dessen Kontext gewann die Frage der Beseitigung der radioaktiven Abfälle ganz neue Dimensionen. Das SBN-Manifest zum Beispiel stellte einen historischen Vergleich an:

«Man stelle sich einmal vor, die alten Ägypter hätten sich einer Technologie verschrieben, deren gefährliche Abfallprodukte wir noch heute, also nach tausenden von Jahren, unter Kontrolle halten müssten. Die Zerfallzeit radioaktiver Stoffe bemisst sich aber gar nach Zehntausenden von Jahren (Plutonium 24'000 Jahre). Können wir heute garantieren, dass in Zukunft jederzeit die erforderliche gesellschaftliche Stabilität bestehen wird, um radioaktive Stoffe unter Kontrolle zu halten?»²⁵

Die Atomenergie-Promotoren versprachen die technische Bewältigung der Probleme: In dieser Zeit verwandelten sie die «Lagerung» der radioaktiven Abfälle in eine «Endlagerung». Doch schon bald sahen sie sich mit der Frage konfrontiert, was denn da «endgelagert» werden sollte, die Abfälle oder, angesichts der Zerfallzeiten radioaktiver Stoffe von Jahrtausenden, nicht eher die Diskussionen über diese Abfälle.²⁶

²⁴SBN (wie Anm. 3).

²⁵Ebd., S. 13.

²⁶Marcos Buser: *Mythos «Gewähr»: Geschichte der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz*, Zürich 1988. Rausch (wie Anm. 9), S. 3–16, 173–215.

Die Besetzung von Kaiseraugst: Die Anti-AKW-Bewegung erzielt Breitenwirkung

Mit der Definition der Atomkraftwerke nicht mehr so sehr als technisches, sondern in erster Linie als gesellschaftliches Problem ging die Aktivierung weiterer Personenkreise einher. Insbesondere Gruppierungen der alternativen Subkultur und der Neuen Linken nahmen sich der Thematik an. Zur bedeutendsten Organisation wurde die Ende 1973 gegründete Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK), die am 1. April 1975 das Baugelände in Kaiseraugst besetzte und so den Beginn der Arbeiten am Atomkraftwerk verhinderte. Die Besetzung hatte Signalwirkung für Politik und Öffentlichkeit: Der starke Rückhalt, den die Besetzer und Besetzerinnen in der Region fanden, machte unwiderruflich klar, dass es sich bei der AKW-Opposition nicht um marginale Grüppchen von Idealistinnen und Chaoten handelte, sondern um eine von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragene Bewegung.²⁷

Im Juni desselben Jahres lancierte ein breit abgestütztes Komitee eine seit Monaten vorbereitete Initiative. Die «Eidgenössische Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» (Atomschutzinitiative) bezweckte eine Revision des Bewilligungsverfahrens für Atomanlagen im Sinne einer «Demokratie der Betroffenen». Einen indirekten Erfolg verbuchte die Initiative bereits vor der Abstimmung: Das Parlament revidierte 1978 das Atomgesetz von 1959. Neu ins Bewilligungsverfahren eingeführt wurden ein Bedarfs- und ein Entsorgungsnachweis sowie ein Einwendungsrecht, von dem jede Person Gebrauch machen konnte, und das die Opponenten der Projekte von Kaiseraugst und Graben in den 80er Jahren dann auch fleissig anwandten. Da linke Gruppierungen gegen die ihres Erachtens ungenügende Revision das Referendum ergriffen, fanden 1979 zwei Abstimmungen zur Atomenergie statt: Im Februar wurde die Atomschutzinitiative knapp verworfen; allerdings nur, wie eine Abstimmungsanalyse ergab, weil viele Stimmenden die Bedeutung von Ja und Nein verwechselt hatten. Im Juni stimmte das Volk der Atomgesetz-Revision zu.²⁸

²⁷Zur GAK und zur Kaiseraugster Besetzung: Michael Schroeren: *Zum Beispiel Kaiseraugst: Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk*, Zürich 1977. Stefan Füglistner (Hg.): *Darum werden wir Kaiseraugst verhindern: Texte und Dokumente zum Widerstand gegen das geplante AKW*, Zürich 1984.

²⁸Kriesi (wie Anm.4), Rausch (wie Anm. 9).

Zwischen den beiden Abstimmungen hatte der schwere Unfall im AKW Harrisburg die Weltöffentlichkeit aufgeschreckt. Die Katastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986 untergrub das Vertrauen in die Sicherheit der Atomanlagen weiter. 1990 hatte das Schweizervolk gleich über zwei Atomenergie-Initiativen zu befinden. Während die Stimmenden den Ausstieg aus der Atomenergie ablehnten, bejahten sie ein zehnjähriges Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken.

Der Erfolg der Anti-AKW-Bewegung

Wie erfolgreich war die Anti-AKW-Bewegung? Ohne zu übertreiben kann gesagt werden, dass der Widerstand gegen die Atomkraftwerke geradezu überwältigende Resultate zeitigte:

1. Es gelang der Bewegung, im Rahmen eines aufwendigen Umdeutungs- und Politisierungsprozesses nicht nur die vormals unbestrittene Atomenergie binnen weniger Jahre in ein kontroverses Thema zu verwandeln, sondern zudem die Hälfte der Bevölkerung von ihren Argumenten zu überzeugen.

2. Es entstand eine breit abgestützte, gut vernetzte Opposition, zu der sowohl Einthemenbewegungen wie NAK/NWA, GAK oder SES zählten als auch die grössere Themenspektren abdeckenden Umweltorganisationen wie WWF, SBN oder SGU. Im politischen System etablierte Organisationen wie die politischen Parteien vermochten erst in den 80er Jahren Akzente zu setzen, als das Thema längst ein erstrangiges Politikum war.

3. Noch 1973 hielten Bund und Elektrizitätswirtschaft am Bau von mindestens zehn weiteren Atomkraftwerken fest. Gebaut wurden allerdings nur noch zwei: Gösgen und Leibstadt. Seit der Besetzung des Kaiseraugster Baugeländes 1975 wurden keine neuen Anlagen mehr in Angriff genommen. Verschiedene Projekte wurden offiziell zurückgezogen, andere im Stillen begraben. Den Verzicht auf die geplanten AKW Kaiseraugst und Graben liessen sich deren Promotoren mit mehreren hundert Millionen Franken aus der Bundeskasse entschädigen.²⁹

²⁹Der Bund zahlte 350 Mio Franken für Kaiseraugst und 227 Mio für Graben. *Année politique*, 1994, S. 141; 1995, S. 161f.

4. Die Anti-AKW-Bewegung feierte verschiedene Erfolge an der Urne, sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene. Die institutionellen Regelungen zur Atomenergie wurden auf ihre Initiative oder ihren Druck hin mehrmals revidiert.

5. Energiesparen und Entwicklung alternativer Technologien wurden rasch zu allgemein anerkannten Postulaten. Wie stark sie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte konkret beeinflussten, müsste noch geklärt werden. Eine interessante Umkehrung vollzog sich bei der Etikettierung «fortschrittlich - rückständig»: Wurden die AKW-Kritiker zu Beginn der Kontroverse noch als Fortschrittsfeinde bezeichnet, gelten heute vielerorts diejenigen Kreise als rückständig, die weiterhin an der Atomenergie festhalten.

Wie ist der Erfolg der Anti-AKW-Bewegung zu bewerten? Für eine Bilanzierung ist es heute noch zu früh. Die Einschätzung der vergangenen Erfolge der Bewegung hängt weitgehend ab von der persönlichen Einstellung zur Atomenergie. Immerhin lässt sich sagen, dass dank der AKW-Opposition der schweizerischen Volkswirtschaft milliardenschwere Fehlinvestitionen aufgrund falscher Bedarfsprognosen erspart blieben. Wie sich die Atomenergie in Zukunft entwickeln wird, ist noch unklar. Die historische Entwicklung wie auch einige aktuelle Ereignisse³⁰ deuten darauf hin, dass die zivile Nutzung der Atomenergie als technikgeschichtliche Irrläuferin und kurzfristige Episode auf der Müllhalde der Geschichte landen wird; eine Episode allerdings, die die Menschen auch in Jahrhunderten noch beschäftigen wird - solange nämlich wie die radioaktiven Abfälle ihre tödlichen Strahlen aussenden.

³⁰Aktuelle Hinweise sind z.B. die Schliessung US-amerikanischer Atomkraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen, der Ausstieg Schwedens aus der Atomenergie oder die weiterhin ungelöste Frage der radioaktiven Abfälle.

Atomenergie und sozialer Wandel

Eine Wachstums- und Fortschrittsideologie dominierte die Vorstellungen der 50er und 60er Jahre. Diese Vorstellungen zerbrachen zu Beginn der 70er Jahre nicht in erster Linie an den Entwicklungen im materiellen Bereich, dem AKW-Bauprogramm, sondern wurden durch Innovationen auf ideologischer Ebene in Frage gestellt, insbesondere durch den Umweltdiskurs und seine Debatte um die Grenzen des Wachstums. Nicht so sehr das Problem (die Atomkraftwerke) wandelte sich, sondern vor allem das Problemverständnis – und dies fundamental: Die neue Sichtweise war geprägt durch die Sprengung bisheriger Horizonte in Raum und Zeit, durch eine Perspektive, die Entwicklungen nicht mehr an der Vergangenheit, sondern an einer wünschenswerten Zukunft mass, durch die Auflösung des vermeintlichen Wachstumszwangs und die schwere Erschütterung des Glaubens an die Allmacht der Wissenschaften und des technischen Fortschritts. Innerhalb neuformulierter Zukunftsentwürfe einer anderen, «sanften» Gesellschaft hatten die Atomkraftwerke keinen Platz, vielmehr passten sie zu den Leitbildern dieser Alternativkultur wie die Faust aufs Auge.

Die direktdemokratischen Instrumente und die föderalistischen Strukturen der Schweiz eröffneten den sozialen Bewegungen ein weites Betätigungsfeld. Die AKW-Opposition erzielte in den letzten 25 Jahren grosse Erfolge, musste dafür allerdings auch beträchtliche Energien aufwenden, die dann andernorts vielleicht fehlten. Auf jeden Fall ist die Atomenergie-debatte nicht symptomatisch für die Entwicklung der Umweltpolitik. Diese geriet Mitte der 70er Jahre in eine Blockade, aus der sie sich bis heute nicht lösen konnte.³¹

³¹Siehe den Beitrag von Haefeli.